



„In Ecuador gibt es einen Plan der Destabilisierung, der mit geopolitischen Interessen zu tun hat (...) Wir haben Beweise für eine Beziehung des nun Festgenommenen zu Ricardo Patiño, der Außenminister war, als Julian Assange das Asyl gewährt wurde.“

Ecuadors Innenministerin María Paula Romo nach der Festnahme eines Verdächtigen aus dem WikiLeaks-Umfeld

2018

blockierten 2 britische Richter die Auslieferung des mutmaßlichen Hackers Lauri Love an die USA.

KOMMENTAR

Anti-WikiLeaks-Komplott

FALL ASSANGE: Trump, Moreno und May als Trio



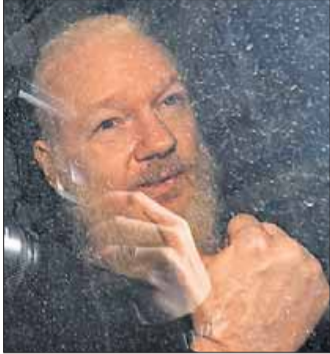
von Peter W. Schroeder

Donald Trump, wie wir ihn noch nicht kannten: als edler Ritter gegen das Böse. Bei seinem Kampf hat er Bundesgenossen. Die sind nicht ganz koscher, aber beim Feldzug für das angeblich Hehre, Gute und Gerechte muss man ja nicht immer kleinlich sein.

Da hat der US-Präsident mit seinem Amtsbruder in Ecuador ausgekugelt, den „WikiLeaks-Banditen“ Julian Assange aus der Ecuador-Botschaft in London rauszuwerfen, damit er von der Polizei der Brexit-Vergeigerin Theresa May verhaftet, an die US-Justiz übergeben, dort vor Gericht gestellt, bestraft und mundtot gemacht werden kann.

Denn Assange hat Schlimmes „verbrochen“: Sein WikiLeaks-Verein hängte vor ein paar Jahren US-Dokumente zu Misstaten amerikanischer Soldaten an die große Glocke, die auch bei großzügiger Betrachtung in die Kategorie Kriegsverbrechen fallen: widerwärtige Folter- und Mordgeschichten und andere Sachen. Die allesamt US-amtlich und unter Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen unter den Teppich gekehrt und nicht geahndet wurden.

Während seines Präsidentschafts-Wahlkampfes war Trump noch ein WikiLeaks-Fan und forderte öffentlich dazu auf, möglichst viele wahre oder unwahre E-Mail-Dreckgeschichten über seine Gegenspielerin Hillary Clinton zu veröffentlichen. Aber das war gestern. Jetzt ist Trump gegen Assange und hat sich der Hilfe des neuen und mit harter Hand regierenden Ecuador-Präsidenten Lenin Moreno versichert. Unter dessen Herrschaft ist es mit Meinungsfreiheit und Beachtung der Men-



Julian Assange (47) AP/Victoria Jones

schenrechte nicht mehr weit her, und Trump hat bekanntlich eine Schwäche für Diktatoren.

Die britische Premierministerin May macht das Anti-Assange-Trio komplett. Die im Brexit-Strudel steckende Dame ist auf der Suche nach Ablenkung von schlimmen Nachrichten und auf der verzweifelten Jagd nach Verbündeten. Heilsbringer in der britischen Post-EU-Zeit soll Trumps USA mit einem gigantisch vorteilhaften Freihandelsvertrag sein. Da kann man schon mal einen moralisierenden Stinkefinger namens Assange über die Klinge springen lassen.

Mag ja sein, dass der WikiLeaks-Mann persönlich kein Musterknabe ist, und er beim Enthüllen von Misstünden und Verbrechen gegen die eine oder andere gesetzliche Vorschrift verstoßen hat. Aber was ist schlimmer: Das nicht unbedingt gesetzestreue Aufdecken von schwersten Straftaten oder die aufgedeckten Widersprüche?

Mulmig darf dem Betrachter auch werden, wenn „die da oben“ anfangen, Aufklärer und Aufdecker - seien es die klassischen Medien oder sonstige Medienkundige - mit der Staatsmacht zum Schweigen zu bringen. Beispiele in der Geschichte gibt es genug. Gut ausgegangen sind sie alle nicht.



Tauziehen um Auslieferung

FALL ASSANGE: Experten rechnen mit langen Verfahren vor den Gerichten – In Ecuador Mitarbeiter verhaftet

LONDON (APA/AFP/dpa). Nach der spektakulären Festnahme von Wikileaks-Gründer Julian Assange in London beginnt das Tauziehen um eine Auslieferung des 47-jährigen Australiers an die USA.

Rechtsexperten erklärten am Freitag, der Fall könnte über Jahre vor britischen Gerichten verhandelt werden und letztlich vor den Europäischen Gerichtshof gehen. Assanges Anwältin hatte angekündigt, dass ihr Mandant das Auslieferungsgesuch „anfechten und bekämpfen“ werde; eine Anhörung dazu ist am 2. Mai geplant. Assange wird derzeit im Hochsicherheitsgefängnis von Belmarsh im Osten Londons festgehalten. Es kann 910 Häftlinge beherbergen, darunter auch solche, denen ein erhöhtes Medieninteresse gilt.

Australische Konsulatsmitarbeiter würden sich schnellstmöglich um einen Besuch bei Assange bemühen, sagte Australiens Außenministerin Marise Payne. Sie zeigte sich „überzeugt“, dass Assange „gerecht behandelt wird“. Australiens Premier Scott Morrison sagte, Assange könne nicht mit einer „speziellen Behandlung“ seitens seines Heimatlandes rechnen.

Assanges Mutter erbost

Premierministerin Theresa May hatte im Hinblick auf Assange gesagt, niemand stehe über dem Gesetz. Assanges in Australien lebende Mutter reagierte erbost: May wolle die Öffentlichkeit von den Problemen rund um den Brexit ablenken, indem sie „die aggressive, brutale, ungesetzliche Festnahme meines mutigen, gequälten, preisgekrönten Journalisten-Sohnes begrüßt“.

Die britische Labour-Politikerin Diane Abbott forderte May indes mit Verweis auf den Fall



Freiheit für Julian Assange fordern diese Demonstranten vor dem Außenministerium in Quito (Ecuador).

McKinnon auf, Assange nicht an die USA auszuliefern. Der britische Hacker Gary McKinnon war in Militärcomputersysteme eingedrungen; nach 10-jährigem Rechtsstreit wurde seine Auslieferung 2018 gestoppt.

Auch Labour-Chef Jeremy Corbyn schloss sich Abbott an. Corbyn twitterte, dass Assange Beweise für Gräueltaten in Irak und in Afghanistan offenbart hatte.

Assange war am Donnerstag nach 7 Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London festgenommen worden. Quito hatte zuvor das politische Asyl für den 47-Jährigen aufgehoben, der wegen der Veröffentlichung geheimer US-Dokumente vielen in den USA als Staatsfeind gilt.

Laut Scotland Yard erfolgte der Zugriff aufgrund einer Gerichtsanordnung von 2012 wegen Verstoßes gegen Kautionsauflagen und „auf Betreiben der

USA“, die seine Auslieferung wegen Hackingvorwürfen fordern. Assanges Unterstützer fürchten aber weitere US-Anklagen wie Geheimnisverrat und damit womöglich die Todesstrafe.

In Großbritannien droht Assange wegen des Verstoßes gegen Kautionsauflagen bis zu ein Jahr Haft. In den USA muss er im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Verschwörung zur Attacke auf Regierungscomputer mit bis zu 5 Jahren Haft rechnen. Die Vorwürfe beziehen sich auf die Veröffentlichung hunderttausender geheimer Regierungsdokumente in den Jahren 2010 und 2011, die WikiLeaks von der früheren US-Soldatin Chelsea Manning zugespielt worden waren. 2010 sorgte ein von WikiLeaks veröffentlichtes Video weltweit für Bestürzung, das den tödlichen Beschuss von mehreren irakischen Zivilisten durch

einen US-Kampfhubschrauber aus dem Jahr 2007 zeigt.

Die Enthüllungsplattform hatte im Präsidentschaftswahlkampf 2016 E-Mails der demokratischen Partei veröffentlicht und damit der damaligen Kandidatin Hillary Clinton geschadet. Clinton forderte in New York, dass sich Assange für seine mutmaßlichen Straftaten verantwortet.

Indes wurde in Ecuador ein Assange-Mitarbeiter festgenommen. Innenministerin María Paula Romo sagte, die Festnahme sei erfolgt, als der „sehr enge“ Mitarbeiter Assanges nach Japan habe reisen wollen. Angaben zur Identität des Festgenommenen machte sie nicht. Einem Medienbericht zufolge soll es sich um einen Schweden handeln, der auf Sicherheitstechnologie und Verschlüsselung spezialisiert ist.

EUROPA-SPLITTER

Justiz und Rechtsstaatlichkeit

BRÜSEL: Wie kann die Europäische Union europäische Grundwerte garantieren?

Der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg empfahl nun, Polen wegen einer Verletzung des EU-Vertrages zu verurteilen. Es geht dabei um die Zwangspensionierung von Richtern. Er ist der Ansicht, dass eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand nur auf Antrag des betroffenen Richters möglich ist und eine Änderung des obligatorischen Ruhestandsalters keinesfalls rückwirkend erfolgen kann.

Bereits seit Jahren schwelt ein heftiger Streit zwischen Warschau und Brüssel, ob die Art und Weise wie die polnische Regierung das Justizsystem umkrempelt, eine harmlose Modernisierung der Justiz darstellt oder zu einem dramatischen Raubbau an der Rechtsstaatlichkeit Polens führt.

Erst vergangene Woche hatte die EU-Kommission ein Scheitern nachgelegt und ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren angestrengt. Dabei geht es um ein Gesetz, welches es ermöglicht, Richter an ordentlichen Gerich-



Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg Wikipedia/Cédric Puisney

ten wegen des Inhalts ihrer richterlichen Entscheidungen disziplinarrechtlich zu verfolgen und Sanktionen zu unterwerfen. Kritiker sehen dies als letzten Beweis, dass sich Polen endgültig hin zur Politjustiz bewegt.

Vor diesem Hintergrund ist eine in der vorigen Woche vorgestellte Mitteilung der Kommission zu sehen. Hinter dem nüch-

ternen Titel „Die weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union“ versteckt sich politischer Sprengstoff. Die Kommission zieht darin auch Bilanz über die beiden ersten „Artikel-7-Verfahren“ der Integrationsgeschichte: Seit Dezember 2017 ist eines gegen Polen anhängig und seit September 2018 eines gegen Ungarn. Im britischen „under-

statement“ heißt es im Kommissionspapier, dass die bisherigen Fortschritte „hätten bedeutsamer sein können“.

Die Kommission eröffnet nun eine „Debatte“, um neue Wege zu finden, wie die EU-Werte - zu deren zentralsten die Rechtsstaatlichkeit gehört - besser geschützt werden können.

3 Säulen seien wichtig: Eine stärkere Förderung der Rechtsstaatlichkeit (Kommunikationsmaßnahmen, Förderung einer stärkeren Rechtsstaatlichkeitskultur in der Bevölkerung), eine frühzeitige Vorbeugung gegen Rechtsstaatsprobleme (etwa durch regelmäßigen Dialog) und die Möglichkeit für die EU, weit wirksamere Reaktionen setzen zu können, wenn die Probleme virulent werden.

Bis Juni können sich EU-Institutionen, Mitgliedstaaten, einschlägige Interessenträger sowie wie Richtervereinigungen und die Zivilgesellschaft einbringen. Dann wird die Kommission ihre Schlussfolgerungen aufleuchten.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Ist die Position der EU gegenüber Polen und Ungarn hoffnungslos?

Gabriel N. Toggenburg: Man muss 2 Verfahren unterscheiden. Es gibt das Artikel-7-Verfahren. Das ist politischer Natur. Da befindet man sich in einer Sackgasse, wenn sich 2 Staaten gegenseitig vor EU-Sanktionen schützen. Dann gibt es aber noch die Vertragsverletzungsverfahren vor dem EU-Gerichtshof. Die sind sehr effizient.

„D“: Aber?

Toggenburg: Vor dem Gerichtshof können nur Dingen, die von EU-Gesetzgebung abgedeckt sind. Schleicher Abbau rechtsstaatlicher Leitplanken ist da schwer zu fassen.

„D“: Was ist also zu tun?

Toggenburg: Die Kommission

möchte nun mehr Dynamik „von unten“ schaffen. Tatsächlich lässt sich Rechtsstaatlichkeit nicht von oben verordnen. Es geht auch darum regelmäßig vergleichbare Informationen in allen Mitgliedstaaten zu sammeln. Belgien schlägt ein neues peer review System vor in dem sich die Staaten regelmäßig gegenseitig überprüfen.

„D“: Wie aber können sich die Bürger und Bürgerinnen einbringen?

Toggenburg: Aus Italien kam soeben die Registrierung einer neuen Europäischen Bürgerinitiative zur „Wahrung der Rechtsstaatlichkeit“. Die kann man nun unterschreiben. Es geht darum, einen objektiven und unparteiischen Evaluierungsmechanismus zu schaffen, anhand dessen geprüft werden kann, ob alle Mitgliedstaaten die Werte der Europäischen Union einhalten. Mehr Informationen gibt es auf der website des italienischen „movimento europeo“.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz